

Im stetig anschwellenden Informationsstrom

Das Problem der Informationsmüdigkeit ist nicht nur eine existenzielle Herausforderung für Medien. Sie ist vor allem auch ein Alarmsignal für eine beginnende Demokratiemüdigkeit.

Maximilian Gottschlich

Immer mehr Menschen fühlen sich von der Informationsflut überfordert und schalten geistig ab. Der ständige Umgang mit ungefilterten Informationsmassen kann zu kognitiver Überforderung und in weiterer Folge zur Informationsmüdigkeit führen.

Eine aktuelle Studie des Oxforder Reuters Institute zeigt, dass fast drei Viertel aller international befragten Führungskräfte aus dem Medienbereich gerade diese Newsmüdigkeit und ein Verhalten zunehmender Nachrichtenvermeidung bei Rezipienten als ihre größte Zukunftssorge ansehen („Newsmüdigkeit als Hauptsorge der Medienbranche“, DER STANDARD, 11. 1. 2023). Diese Sorge besteht zu Recht, und sie sollte unser aller Sorge sein. Wir stecken mitten in einem Dilemma, das darin besteht, dass die uns existenziell betreffenden Informationen zwar rasant zunehmen, sie aber angesichts knapper Zeit und Aufmerksamkeit nicht hinreichend gut verarbeitet werden können.

Mehr Information bedeutet nicht zugleich auch schon besseres Verstehen von Welt und Wirklichkeit. Die unterschiedslose Aneinanderreihung von Nachrichten und Themen aller Art führt in letzter Konsequenz zu einer fragmentierten Welt-sicht, in der sich alle Unterschiede

in den Wertigkeiten der Ereignisse nivellieren. Im ständig anschwellenden Informationsstrom scheint alles gleichermaßen wichtig wie unwichtig. Wenn aber der differente Sinn der Ereignisse und der sich auf sie beziehenden Informationen für immer mehr Menschen verlorengeht, dann sinkt die Bereitschaft zur aktiven Anteilnahme am Weltgeschehen, was am Ende in eine kollektive Haltung der Gleichgültigkeit mündet.

Diffuse Zukunftsängste

Das Syndrom der Informationsmüdigkeit, das für immer mehr Menschen mit diffusen Zukunftsängsten, Ohnmachtserfahrungen und dem Gefühl des Kontrollverlusts einhergeht, ist für die Demokratie brandgefährlich. Denn hier bricht etwas auf, was als Dialektik der Kommunikationsgesellschaft beschrieben werden kann: Je größer die bloß akkumulativ und nicht integrativ wachsende Informationsmenge, desto geringer die Chance ihrer sinnvollen Verarbeitung. Je geringer aber die Chance sinnvoller Informationsverarbeitung, desto geringer wiederum die Chance auf rationale Urteilsbildung als Basis für privates wie auch öffentliches Entscheidungsverhalten. Je geringer die Fähigkeit und Bereit-

schaft zum rationalen Urteil, desto größer die Versuchung und Bereitschaft, irrationalen und antidemokratischen Deutungsmustern – Stichwort: Verschwörungstheorien – zu folgen.

Der kommunikationstechnologische Fortschritt mit all seinen Verheißungen eines demokratischeren und freieren Lebens konfrontiert uns plötzlich mit seinen ihm innewohnenden regressiven Momenten. Sie bewirken das Gegenteil dessen, was dieser Fortschritt eigentlich erreichen wollte. In nahezu allen westlichen Demokratien können wir beobachten, wie sich die politische Kultur rückwärtsentwickelt, sich autoritäre, antidemokratische und freiheitsbedrohende Strömungen oft gewaltsam Aufmerksamkeit verschaffen. Informationsmüdigkeit ist ein Alarmsignal für beginnende Demokratiemüdigkeit.

Medien und Journalismus stehen nicht abseits dieser Entwicklung, sondern haben aktiven Anteil an dieser Dialektik der modernen Kommunikationsgesellschaft. Ihre demokratiepolitische und professionelle Aufgabe besteht darin, diesen regressiven Entwicklungen der modernen Gesellschaft unablässig auf der Spur zu bleiben und dabei ständig den möglichen eigenen Anteil

an diesen regressiven Entwicklungen kritisch zu hinterfragen. Mehr als je muss der Qualitätsjournalismus Antworten auf die wachsende Orientierungsnot der Menschen finden.

Kulturelle Leistung

Das unablässige Bemühen um Optimierung von Verstehensprozessen aufseiten der Rezipienten ist die einzige Chance gegen Informationsmüdigkeit, diffuse Zukunftsängste, Fake News und Verschwörungstheorien. Dies ist eine journalistische Sisyphusarbeit. Aber darin liegt die eigentliche professionelle und demokratiepolitische Herausforderung für Qualitätsmedien und auch ihre einzige Möglichkeit, im digitalen Zeitalter zu überleben.

Journalismus war immer und wird immer – hoffentlich zumindest – eine intellektuelle und kulturelle Leistung sein, die den Menschen dazu verhilft, sich in der Komplexität der Welt zurechtzufinden, sie verstehbar zu machen. Die Frage lautet daher nicht, was die Menschen alles wissen müssen, sondern: Was müssen die Menschen wissen, um möglichst viel verstehen zu können? Das macht einen erheblichen Unterschied. Unter diesem Gesichtspunkt der Verpflichtung von Journalistinnen und Journalis-

ten, auch zum Verstehen beizutragen, reicht die bloße, dem Objektivitätspostulat folgende Vermittlung von Fakten nicht aus.

Journalismus hat nicht nur mit der Darstellung dessen zu tun, was der Fall ist, sondern auch mit dem, was sein könnte. Um Anleihe bei Robert Musil zu nehmen: Journalistinnen und Journalisten müssen nicht nur einen Wirklichkeitssinn, sondern auch einen Möglichkeits-sinn haben. Denn der gesellschaftliche Diskurs wird nicht primär auf der Ebene des Faktischen ausgetragen, sondern auch auf der Ebene von Werten. Das Berufsbild des Qualitätsjournalismus wird in Zukunft weniger das eines neutralen Vermittlers noch das eines Kritikers und Kontrolleurs der Mächtigen noch das des ehrlichen Maklers zwischen Politik und Bürger sein. Vielmehr wird auf den qualitativen Journalismus von morgen das Bild des Navigators passen, der dafür sorgt, dass die Menschen in der Informationsflut nicht untergehen.

MAXIMILIAN GOTTSCHLICH ist emeritierter Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Zuletzt erschienen bei Kohlhammer: „Bedrohte Humanität. Plädoyer für eine empathische Kommunikationskultur“.

LESERSTIMMEN

Probleme statt Chancen

Betrifft: „Der umstrittene Schatz von Molln“ von Günther Strobl

DER STANDARD, 17. 1. 2023
Mein Eindruck ist, dass man sich in jedem Land außer in Österreich freut, wenn man Bodenschätze findet. Bei uns hingegen werden reflexartig die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und prompt die anstehenden Probleme gesucht, statt Chancen zu sehen.

Irene Berger, 4040 Linz

Fehlender Anreiz

Betrifft: „Arbeiten in der Pension – ein Irrweg?“ von Gerald John

DER STANDARD, 17. 1. 2023
Nicht alle Menschen über 55 oder 60 drängen in die Frühpension, sondern viele werden vielfach aus dem System hinausgekippt – einfach weil sie als zu alt und daher nicht weiter gut brauchbar eingestuft

werden. Bis zur Erreichung des Regel-pensionsalters ist das Arbeiten für ASVG-Versicherte nur bis zur Zu-verdienstgrenze von knapp unter 500 Euro möglich, weil bekanntlich ansonsten schon bei der minimalsten Überschreitung der komplette Pensionsverlust droht. Erst nach Erreichung des Regel-pensionsalters ist unbegrenztes Dazuverdienen wieder erlaubt.

Allerdings so, dass nach Abzug der Einkommensteuer, des Pensionsversicherungsbetrags von 22,8 Prozent sowie von Krankenversicherungsbeiträgen vom Dazuverdienten nur mehr relativ wenig übrig bleibt. Soll das ein Anreiz sein, auch in der Pension weiter aktiv zu bleiben, um auf diese Weise auch dazu beizutragen, dass der Arbeitskräftemangel etwas gelindert wird?

Außerdem ist in diesem Artikel absolut unverständlich, dass die notwendige Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters und das Be-

tätigen auch in der Pension gegeneinander ausgespielt werden.

Josef Redl, per Mail

Palatschinke am Ring

Betrifft: Rettet das R

In den letzten Tagen ist mir besonders aufgestoßen, dass die überwiegende Mehrzahl unserer NachrichtensprecherInnen Österreichs Hohes Haus als „Palament“ bezeichnet. So heißt es aber nicht.

Ja, ich weiß, dass wir andere, größere Probleme haben, ich selber leider eh auch. Aber eine korrekte und sorgfältige Aussprache gehört doch irgendwie schon zur Jobdescription von NachrichtensprecherInnen. Und es wäre ja so einfach und so schön: Par-la-ment.

Andernfalls könnte man ja auf die Idee kommen, dass unser Hohes Haus etymologisch etwas mit dem Palaver zu tun hätte. Oder mit der Palatschinke. Jakob Perschy, per Mail

Keine Kontrolle

Betrifft: „Sie wussten alles und logen“ von Alexander Hahn

DER STANDARD, 14./15. 1. 2023
Dass „sie logen ...“, ist wenig verwunderlich bei einem Ölmulti, der ausschließlich Gewinnmaximierung verfolgt. Bedenklich ist vielmehr, wie auch bei anderen Wirtschaftsverbänden, dass es offensichtlich keine Kontrolle bzw. kein konsequentes politisches Interesse gibt, solche Machenschaften zu unterbinden.

Johanna Coulin, per Mail

Haus der Verantwortung

Betrifft: „Umbau von Hitler-Haus wird noch teuer“

DER STANDARD, 14./15. 1. 2023
Problematisch ist der geplante Umbau des Hitler-Hauses in Braunau nicht nur wegen des Anstiegs der Kosten von ursprünglich fünf auf inzwischen zwanzig Millionen Euro,

es ist auch zu hinterfragen, was sich mit der Polizei im Hitler-Haus am Stigma der Stadt Braunau am Inn ändern würde.

Das vom damaligen Innenminister Karl Nehammer im Juni 2020 präsentierte Konzept der „Neutralisierung“ wird von allen Seiten abgelehnt und ruft weltweit nur Kopfschütteln hervor.

Wenn der Umbau tatsächlich, wie angekündigt, im Herbst dieses Jahres beginnt, ist mit einer weiteren Welle von für die Stadt Braunau am Inn schädlichen Berichten zu rechnen.

Das bereits im Februar 2000 im Rahmen der Initiative „Braunau setzt ein Zeichen“ entwickelte Projekt Haus der Verantwortung erhält hingegen immer mehr Zuspruch. Zu den prominenten Unterstützern gehören Oscar-Preisträger Branko Lustig und Nobelpreisträger Anton Zeilinger.

Andreas Maislinger, 6020 Innsbruck